

Christopher Görlich, Urlaub vom Staat. Tourismus in der DDR (Zeithistorische Studien, Bd. 50), Wien/Köln etc. 2012, 290 S., brosch., 37,90 €.

In den letzten Jahren hat sich eine jüngere Generation von Historikern aufgemacht, die scheinbar vernünftigen Seiten des Lebens in der DDR in den Blick zu nehmen und in die Gesellschaftsgeschichte der SED-Diktatur einzuordnen. Ein 2009 erschienener Sammelband führte die Hinwendung zum „Vergnügen in der DDR“¹ bereits im Titel. Auch die vergnüglichste Zeit des Arbeitsjahres – der Urlaub – wurde jüngst vermehrt zum Gegenstand historischer Untersuchungen. So legte ebenfalls 2009 Heike Wolter ihre Dissertation über den DDR-Tourismus vor, die sich auf die 1970er und 1980er Jahre konzentrierte und ein geteiltes Echo hervorrief.² Das gewachsene Interesse der Geschichtswissenschaft am Freizeit- und Urlaubsverhalten der Ostdeutschen verwundert dabei weniger als das jahrelange Desinteresse³ – waren doch die DDR-Bewohner trotz allgegenwärtiger Grenzen sogar noch eine Spur reise-freudiger als ihre westdeutschen Nachbarn, wie Christopher Görlich in Anlehnung an Hasso Spode in seiner nun vorliegenden Doktorarbeit schreibt.

Deren Titel „Urlaub vom Staat“ ist klug gewählt, führt er doch mitten ins Zentrum der Ambivalenzen, die das DDR-Urlaubswesen kennzeichneten und die herauszuarbeiten der Verfasser sich vorgenommen hat. Im Rückgriff auf das bekannte, von Alf Lütcke und Thomas Lindenberger entwickelte Konzept verortet der Autor den DDR-Tourismus im Spannungsfeld von „Herrschaft als sozialer Praxis“ und „Eigen-Sinn“. Die Ferienzeit wird als „Arena des Aushandelns zwischen Staat und Bürger“ bei freilich asymmetrischen Machtverhältnissen interpretiert (S. 13ff.), wie es in der – gleichsam als vorweggenommene Zusammenfassung zu lesenden – Einleitung heißt.

Die 260 lesbar geschriebenen und – bis auf wenige sachliche Fehler⁴ – erfreulich gründlich lektorierten Textseiten sind in vier Kapitel gegliedert. In einem ersten, nahezu die Hälfte des Buchs einnehmenden Abschnitt liefert der Verfasser einen konzisen und faktengesättigten Abriss der Entwicklung des Feriendienstes der Staatsgewerkschaft FDGB – von dessen Gründung kurz nach Kriegsende bis zum Ende der DDR 1989/90, das zugleich das Ende des Feriendienstes und damit eines „Sonderweg[s] in der deutschen Tourismusgeschichte“ bedeutete (S. 152). Neben dem FDGB-Feriendienst sich entwickelnde Erscheinungsformen des Tourismus – darunter das, zumindest in den 1980er Jahren den Feriendienst zahlenmäßig überflügelnde, Betriebserholungswesen – werden nur am Rande gestreift. Eine Gesamtgeschichte des Tourismus in der DDR steht damit weiterhin aus.

Grundlegende Informationen zur chronologischen Entwicklung und zur Struktur des Ferienwesens verschränken sich, im zentralen ersten Kapitel, mit Reflexionen über dessen Aufgaben im politischen System der SED-Herrschaft. So erfährt der Leser von der erstaunlich schnellen Wiederbelebung und dem rasanten Ausbau des Erholungswesens in der SBZ und dessen – freilich schamhaft verschwiegenen – historischen Wurzeln im Gewerkschaftstourismus des Kaiserreichs und der Weimarer Republik

¹ Ulrike Häußer/Marcus Merkel (Hrsg.), *Vergnügen in der DDR*, Berlin 2009.

² Heike Wolter, „Ich harre aus im Land und geh, ihm fremd“. Die Geschichte des Tourismus in der DDR, Frankfurt am Main 2009; vgl. Rüdiger Hachtmann: Rezension von: Heike Wolter, „Ich harre aus im Land und geh, ihm fremd“. Die Geschichte des Tourismus in der DDR, Frankfurt am Main 2009, in: *sehepunkte* 10, 2010, Nr. 5, URL: <<http://www.sehepunkte.de/2010/05/17252.html>> [15.5.2010].

³ Zu den wenigen Ausnahmen zählt der Sammelband von Hasso Spode (Hrsg.), *Goldstrand und Teutonengrill. Kultur- und Sozialgeschichte des Tourismus in Deutschland 1945 bis 1989*, Berlin 1996.

⁴ So wird der Schriftsteller Jan Koplowitz mehrmals zu Jan Kolpowitz. Die Angaben zum Bau des Urlauberschiffes „Fritz Heckert“ sind falsch oder ungenau. Der Stapellauf, der bereits im Juni 1960 stattgefunden hatte, wird auf April 1961 datiert. Der Vertreter der Matthias-Thesen-Werft auf dem V. Parteitag der SED 1958 hieß nicht Hans Kiefert, sondern Werner Bülow. Vgl. Görlich, *Urlaub vom Staat*, S. 51f. und S. 69ff.

sowie in den „Kraft durch Freude“-Reisen der Nationalsozialisten. Ebenso nachvollziehbar wird die rasche politisch-ideologische Überformung des anfangs als sozialpolitische Maßnahme gedachten Urlaubswesens und dessen Einbindung in die auf Selbstlegitimation, Produktivitätssteigerung und Erziehung des „Neuen Menschen“ zielende SED-Propaganda skizziert.

Bereits kurz nach seiner Gründung war der Feriendienst der Gewerkschaften fest in das politische und ökonomische System der SED-Herrschaft eingebunden. Das zeigte sich nicht zuletzt in seinen Mängeln: Anfängliche Schwierigkeiten, Arbeiter für eine Urlaubsreise zu interessieren, schlugen bald in eine allgemeine Reiselust der ostdeutschen „Werkstätigen“ um, die nicht zu befriedigen war. „Die Geister, die man rief, wurde man bis zum Ende der DDR nicht wieder los“, fasst Görlich den Weg in die touristische Mangelgesellschaft pointiert zusammen (S. 56). Was als Anreiz und Belohnung zur Stabilisierung der SED-Herrschaft gedacht war, wurde für zahlreiche Menschen zum fortwährenden Ärgernis.

Ursache des Mangels war, zumindest in der Anfangszeit, nicht der Mangel an Ferienplätzen, sondern vor allem die ineffektive Organisation des Feriendienstes, der vergeblich Angebot und Nachfrage in bürokratischer Weise in Einklang zu bringen suchte (ebd.) Daran änderte auch der in den 1960er Jahren unternommene Versuch der „Verwissenschaftlichung“ des Feriendienstes nichts Grundlegendes, da die Ineffektivität in der „Grundstruktur der Planwirtschaft“ wurzelte, so Görlich weiter (S. 88). Allen Absichtserklärungen zum Trotz kam der Ausbau der Urlaubskapazitäten bis in die 1970er Jahre nicht voran, da der FDGB zwar neue Heime errichtete, zugleich aber zahlreiche Privatquartiere verloren gingen (S. 71 und 84–87). Da die Zahl der FDGB-Mitglieder kontinuierlich zunahm, sank die relative Anzahl der Ferienplätze.

Deren Qualität wiederum blieb trotz ständig steigender Finanzmittel des Feriendienstes oftmals hinter den gestiegenen Ansprüchen der Urlauber zurück. Leer ausgehende FDGB-Mitglieder beschwerten sich über fehlende Urlaubsplätze. Wer einen Urlaubsplatz bekommen hatte, beschwerte sich über fehlenden Komfort. „Der Feriendienst geriet mehr denn je in eine regelrechte Legitimationsfalle und drohte zwischen seinen vollmundigen Versprechen und wirklichen Zuständen am Urlaubsort aufgerieben zu werden“, fasst Görlich das Dilemma zusammen (S. 110). Dass die Gewerkschaft ihre Presseberichterstattung über das Urlaubswesen zurückfuhr, um nicht Anlass für kritische Vergleiche zwischen eigenem Erleben und wohltonenden Medienberichten zu provozieren, muss als Akt der Kapitulation verstanden werden.

Auch auf dem Gebiet des Urlaubswesens zeigte sich die Ära Honecker als bleierne Zeit. Ineffektiv und chronisch subventionsbedürftig war der FDGB-Feriendienst zwar schon in den ersten beiden Dekaden der DDR gewesen – aber erst in den 1970er Jahren, so Görlich, kam es zum endgültigen Arrangement mit den scheinbar unabänderlichen, systembedingten Mängeln (S. 111). Der Autor – und darin besteht der große Vorzug seiner Arbeit – zeichnet derartige Wandlungsprozesse ebenso differenziert nach, wie die dekadensübergreifenden Kontinuitäten, strukturellen Widersprüche und prägnanten Zäsuren (etwa die Einführung einkommensabhängiger Reisepreise nach dem Mauerbau), die die Geschichte des FDGB-Feriendienstes bestimmten. Das auf diese Weise gewonnene Bild des ostdeutschen Urlaubswesens verweist somit auf die relative Dynamik, die selbst der DDR-Diktatur innewohnte.

Auch politisch-ideologisch war in den 1970er und 1980er Jahren eine gewisse Ermüdung zu verzeichnen. Zunehmend agierte der Gewerkschaftsbund als „Dienstleistungsunternehmen“ und wurde von seinen Mitgliedern als ebensolches wahrgenommen, wie der Autor anhand von Eingaben zeigen kann. Auf ideologische Erziehungsversuche wurde nun weitgehend verzichtet; die Ferienheime verloren ihren Charakter als „Ort der sozialistischen Gemeinsamkeit“ – eine Einschätzung, die die Frage aufwirft, ob es so etwas wie eine „sozialistische Gemeinsamkeit“ nicht zu allen Zeiten nur in den Verlautbarungen der Partei- und Gewerkschaftspresse gegeben hat.

In einem zweiten und einem recht kurz geratenen dritten Kapitel verlässt der Autor den chronologischen Rahmen und nimmt die Urlauber auf der einen sowie die Mitarbeiter der Ferienheime auf der anderen Seite in den Blick. Dabei ergeben sich einige Überschneidungen und Wiederholungen zwischen der chronologischen Darstellung im ersten und der akteurszentrierten im zweiten beziehungs-

weise dritten Kapitel. Die Mittlerrolle, in der sich die Feriendienstmitarbeiter befanden – da sie einerseits Angestellte des FDGB und dessen Vorgaben verpflichtet waren, auf der anderen Seite aber vor Ort die Bedürfnisse der Urlauber vor Augen hatten – wird leider nur kurz angerissen.

Zudem wäre gerade beim Blick auf die Urlauber eine erweiterte Quellenbasis, die auch private Überlieferungen, wie etwa Reisetagebücher, Urlaubspost oder Gästebücher, mit einbezieht, wünschenswert gewesen – führt die weitgehende Konzentration auf staatliche Überlieferungen aus dem Bundesarchiv doch zu einer gewissen Blässe bei der Charakterisierung der Urlauber als handelnde beziehungsweise – im Sinne der vom Verfasser verfolgten These – mit dem Staat verhandelnde Subjekte. Wohl auch weil die „Arena“ des Feriendienstes geschichtswissenschaftlich bislang nur in Ansätzen vermessen wurde und der Autor hier zunächst grundlegendes, von ihm erschlossenes Wissen vermitteln muss, tritt die Ausgangsfrage nach dem Akt des „Aushandelns“ zuweilen hinter den Grundlinien der Organisations- und Entwicklungsgeschichte des Feriendienstes zurück.

Gleichwohl präsentiert der Autor überzeugende Anhaltspunkte für seine These vom Spannungsverhältnis zwischen staatlichem Gestaltungs- und Erziehungswillen und (touristischem) Eigeninteresse der Urlauber auf der einen und den inneren Widersprüchen des gewerkschaftlich gesteuerten Urlaubswesens auf der anderen Seite. Leicht überpointiert verweist Görlich etwa auf den erfolgreich durchgesetzten „Eigen-Sinn“ der FKK-Anhänger: „Wie in andere Bereichen des Urlaubs ist [...] auch hier zu konstatieren, dass die Funktionäre ihre Handlungsfähigkeit schon vor dem Untergang der DDR nahezu vollständig eingebüßt hatten – ob mit oder ohne Badehose, die DDR-Bürger hatten mit ihrem Eigen-Sinn die Herrschenden in der DDR in ihre Grenzen verwiesen“ (S. 138).

Partei und Gewerkschaft konnten sich auf Dauer den Ansprüchen der „Werkstätigen“ nicht verschließen, sei es in der Frage des anfangs nicht gern gesehenen Familienurlaubs oder bei der möglichst erlebnisorientierten, apolitischen Gestaltung des Urlaubs selbst. Erfüllen konnten sie die wachsenden Ansprüche der Menschen an die „schönste Zeit des Jahres“ jedoch ebenso wenig. Der Versuch des Parteistaats, so die einleuchtende, durch weitere Studien zu unterfütternde These der vorliegenden Untersuchung, das Urlaubswesen dem Primat des Politischen und seiner marxistisch-leninistischen Ideologie unterzuordnen, scheiterte an der Eigensinnigkeit der Urlauber, aber auch an der nicht zu beherrschenden Eigendynamik des Urlaubswesens. Delikate Buffets anzubieten, wie eine dem FDGB zugehörige AG „Selbstbedienung“ vorschlug, entsprach sicherlich den Wünschen der Urlauber, jedoch fehlte es schon allein an Delikatessen – ja, selbst einfachere Speisen standen oft nicht in der nötigen Menge und Qualität zur Verfügung (S. 95).

Mit eigenem Sinn versahen die Urlauber nicht zuletzt das Reiseland DDR, wie Görlich in einem abschließenden, etwas aus dem Rahmen der Untersuchung fallenden vierten Kapitel schreibt. Partei und Gewerkschaft waren mit dem Versuch, die DDR zum reizvollen und – in Ermangelung tatsächlicher Reisefreiheit – ausreichenden beziehungsweise den westlichen Destinationen ebenbürtigen oder gar überlegenen Urlaubsziel zu erheben, dessen imaginäre Kartografie mit der Ideologie des Marxismus-Leninismus deckungsgleich sein sollte, auf lange Sicht nicht erfolgreich. Spätestens 1989 wurde die DDR ihren Bürgern endgültig zu klein.

Das Urteil, der DDR-Massentourismus habe sich am Ende kaum von dem der Bundesrepublik unterschieden, der FDGB-Feriendienst sei schließlich lediglich eine Art „sozialistischer Neckermann“ (S. 79) mit oberflächlich ideologischem Firnis gewesen, dürfte indes Widerspruch hervorrufen. Obgleich die touristischen Erwartungen und die Urlaubspraxis der Ost- und Westdeutschen einige Parallelen aufzuweisen hatten, sollten darüber nicht die grundlegend unterschiedlichen Rahmenbedingungen vergessen werden. Dazu zählen die beschränkten Reismöglichkeiten der DDR-Bürger ebenso wie die staatliche beziehungsweise betriebliche Zuteilung von Ferienplätzen. Ideologische Kriterien mochten bei der Auswahl der Urlauber im Laufe der Jahre an Einfluss verloren haben – gänzlich unwirksam wurden sie nicht. Bis 1989 dürfte das Zuteilungswesen des Feriendienstes eine gewisse sozialdisziplinierende und damit staatstragende Wirkung behalten haben.

Christopher Görlich ist eine faktenreiche, gründlich recherchierte und – auch zum Widerspruch – anregende Studie zur Geschichte des ostdeutschen Urlaubswesens und speziell des FDGB-Feriedienstes gelungen, die zahlreiche Anknüpfungspunkte für weitere tourismuswissenschaftliche Forschungen, etwa zum betrieblichen Ferienwesen der DDR, bietet.

Andreas Stirn, Berlin

Zitierempfehlung:

Andreas Stirn: Rezension von: Christopher Görlich, Urlaub vom Staat. Tourismus in der DDR (Zeithistorische Studien, Bd. 50), Wien/Köln etc. 2012, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 53, 2013, URL: <<http://fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81445>> [22.3.2013].